

# Wochenblatt

für Pulsnik,  
Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

Erscheint:  
Mittwoch und Sonnabend.

Als Beiblätter:  
1. **Musik. Sonntags-Blatt** (wöchentlich),  
2. **Eine landwirthschaftliche Beilage** (monatlich).

Abonnements-Preis:  
Vierteljährl. 1 M. 25 Pf.  
Auf Wunsch unentgeltliche Zusendung.

**Amts-**



**Blatt**

des Königl. Amtsgerichts

und des Stadtrathes

zu  
**Pulsnik.**

**Inserate**  
sind bis Dienstag u. Freitag  
vorm. 9 Uhr aufzugeben.  
Preis für die einspaltige Cor-  
puszeile (ober deren Raum)  
10 Pfennige.

**Geschäftsstellen**

bei  
Herrn Buchdruckereibes. P a b s t  
in Königsbrück, in den An-  
noncen-Bureaus von Haasen-  
stein & Vogler u. „Invaliden-  
bank“ in Dresden, Rudolph  
Mosse in Leipzig.

Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben  
in Pulsnik.

**Funfundvierzigster Jahrgang.**

Verantwortlicher Redakteur Gustav Häberlein  
in Pulsnik.

Mittwoch.

Ar. 55.

12. Juli 1893.

## Milde Gaben für die in Schneidemühl durch die Wasserkatastrophe Geschädigten

werden auf der Rathsexpedition entgegengenommen.  
Pulsnik, den 11. Juli 1893.

Der Stadtrath.  
Schubert, Brgmstr.

### Bekanntmachung.

Nachdem festgestellt ist, daß die Maul- und Klauenseuche nicht nur innerhalb des Gebietes des Königreichs Sachsen in ihrer Ausbreitung stetig und wesentlich zurückgegangen ist, hat das königliche Ministerium des Innern durch Verordnung vom 23. d. M. zu Nr. 1193 II. M. die nach §§ 17—19 der Verordnung vom 10. August 1892 bei größerer Gefahr vorgesehenen Maßregeln wieder aufgehoben. Demzufolge wird auch unsere Bekanntmachung vom 7. October 1892 hierdurch außer Kraft gesetzt.  
Pulsnik, am 10. Juli 1893.

Der Stadtrath.  
Schubert, Brgmstr.

### Maul- und Klauenseuche betreffend.

Das königliche Ministerium des Innern hat es für unbedenklich erachtet, die nach §§ 17 bis 19 der Verordnung vom 10. August 1892 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1892, Seite 347) bei größerer Gefahr vorgesehenen Maßregeln wieder aufzuheben. Dadurch tritt die diesseitige Bekanntmachung vom 4. October 1892 — Nr. 80 der Ramenzer Wochenschrift vom 6. October 1892 — bis auf die Bestimmungen unter 2., und 3., außer Kraft. Geltung hat also noch das Verbot des Treibens von Schweinen, die im Umherziehen verkauft werden sollen. Diese müssen gefahren werden. Weiter besteht noch die Vorschrift, daß solche Schweine und alle zum öffentlichen Verkauf aufgestellten oder ausgebotenen Rindviehbestände nicht von den Händlern verkauft werden dürfen, bevor durch bezirksärztliche Untersuchung das Nichtvorhandensein der Maul- und Klauenseuche festgestellt ist.  
Ramenz, am 4. Juli 1893.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
von Erdmannsdorff.

Montag, den 17. Juli: Viehmarkt

Dienstag, den 18. Juli: Krammarkt

in Pulsnik.

### Aus der Reichstagsverhandlung am 8. Juli.

Das Haus tritt in die erste Berathung der neuen Militärvorlage ein. Reichskanzler Graf Caprivi: Im Namen der verbündeten Regierungen habe ich den Reichstag um Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf zu ersuchen. Es läßt sich zu demselben allerdings kaum noch etwas Neues von Bedeutung sagen, nachdem die neue Heeresorganisation neun Monate hindurch Gegenstand der öffentlichen Diskussion in Wort und Schrift gewesen ist. Ich kann mich daher entsprechend fassen in meinen Worten. Sie wissen, daß die neue Vorlage auf Grund des Inhalts des Antrages neu ausgearbeitet ist, um das Entgegenkommen der Reichsregierung zu beweisen. Wenn die Reichsregierung sich auf den Boden des Antrages zu stellen schon im alten Reichstage schon stellte, so geschah das nicht, weil sie bezüglich der Höhe der Friedensstärke der Armee anderer Ansicht geworden war, sondern um einer Debatte ein Ende zu machen, die im Auslande den Eindruck erzeugen mußte, als seien wir in Deutschland nicht gewillt, Alles zum Schutze unserer Grenze zu thun. Der Reichstag hat aufgelöst werden müssen, die verbündeten Regierungen haben indessen an ihrem weitgehenden Entgegenkommen festgehalten, die Vorlage in ihrer jetzigen Form enthält anerkannter Maßen sehr erhebliche Abstriche. Seit dem ersten Einbringen der Militärvorlage bis heute hat sich die allgemeine politische Lage nicht geändert, wohl aber, wie schon in der Thronrede ausgesprochen, das Verhältnis unserer Wehrkraft zu der unserer Nachbarn. Es ist erheblich ungünstiger geworden. Rußland fährt in der Verstärkung seiner Armee ununterbrochen fort, in Frankreich ist das wichtige Kadregesetz angenommen worden. Wir können diesem Vorgehen gegenüber nicht gleichgiltig bleiben, sondern müssen ebenfalls thun, was in unseren Kräften steht. Die neue Militärvorlage belastet Deutschland nicht zu schwer. Der Einwand, daß durch diese Vorlage die allgemeine Wehrpflicht in einem Umfange durchgeführt wird, welcher die Bevölkerung schädigen muß, ist unhaltbar; es wird darin im Wesentlichen nur dem starken Anwachsen unserer Bevölkerung Rechnung getragen. Unhaltbar ist auch der Einwand, daß wir ja warten könnten, bis eine Kriegsgefahr nahe gerückt sei. Dann, meine Herren, wird es aber zu spät sein. Wir wollen ja dem Aeußersten gerade durch diese Heeresverstärkung vorbeugen. Die verbündeten Regierungen sind bereitwillig

darauf eingegangen, die zweijährige Dienstzeit für die Fußtruppen für die Dauer von fünf Jahren gesetzlich festzulegen. Bewährt sie sich, was sicher zu erwarten ist, und dauern die gewährten Kompensationen nach Ablauf dieser fünf Jahre fort, so kann keine Regierung daran denken, die zweijährige Dienstzeit wieder zurückzunehmen. Andererseits würde aber, wenn die zweijährige Dienstzeit sich als schädlich erweisen sollte, auch der Reichstag nicht daran festhalten können. Ich glaube, diese Erklärung wird Ihnen genügen können. Was nun die Deckungsfrage betrifft, so haben die bezüglichlichen, in der vorigen Session Ihnen unterbreiteten Gesetzentwürfe Widerspruch bei der öffentlichen Meinung gefunden. Diese Entwürfe existiren heute nicht mehr. Ich kann nur Folgendes noch sagen: Hinsichtlich der geplanten Börsensteuer sind wir bemüht gewesen, dieselbe anders und ausgiebiger zu gestalten. (Beifall rechts.) Bei der Schwierigkeit der Lage der Landwirtschaft soll auch die letztere von Steuern freigehalten werden. (Beifall rechts.) Im Uebrigen kann aber die Reichsregierung völlig ausgearbeitete neue Steuergesetzentwürfe jetzt noch nicht vorlegen, während andererseits mit der Heeresverstärkung doch nicht weiter gewartet werden kann. Es handelt sich hier um eine Vertrauensfrage. Kommt die Militärvorlage jetzt nicht zu Stande, so entstehen daraus Schädigungen, die auf Jahre hinaus fühlbar sein werden. Es ist auch Zeit, daß die bestehende Unsicherheit unseres wirtschaftlichen Lebens, die eine Folge der Unsicherheit über das Schicksal der Militärvorlage ist, beendet wird, unser Erwerbsleben ist dadurch schon um viele Millionen geschädigt (sehr richtig!), um weit mehr, als die ganze Militärvorlage kostet. Bitte, stehen Sie zusammen und machen Sie diesem Zustande ein Ende. (Beifall.) Abg. Freiherr von Mantuffel (konservativ): Ueber die Militärvorlage selbst kann auch ich mich ziemlich kurz fassen, wir halten unseren früher kundgegebenen Standpunkt im vollen Umfange ausrecht. Wir würden auch für die ursprüngliche Militärvorlage eintreten, wenn die verbündeten Regierungen daran festgehalten hätten, was leider nicht der Fall ist. Wir würden umsomehr für die frühere Militärvorlage eintreten, als sich inzwischen unser militärisches Verhältnis zu unseren Ungünstigen gegenüber den Nachbarstaaten verschoben hat. Was gegenwärtig in Paris vorgeht, beweist uns zu dem, daß dort auf keine Stabilität zu rechnen ist, wir müssen also dem Rechnung tragen. Im Interesse des Zustandes-

kommens der Vorlage im Einvernehmen mit der Regierung werden meine politischen Freunde aber für diese neue, nach dem Antrag neu geänderte Vorlage stimmen, und hoffen auch, daß der Reichstag diese mit erheblicher Mehrheit annimmt. Was die Frage der Kostenbedeckung betrifft, so empfiehlt es sich, die frühere Rede des damaligen Abg. Mehnert über die Börsensteuer nachzulesen, da wird genau gezeigt, wie dieselbe einträglicher gemacht werden kann. In Frage könnte auch noch kommen eine Infortionssteuer, sowie eine Luxussteuer. Ich kann im Ganzen nur wiederholen, daß die Konservativen trotz mancher Bedenken gegen die Vorlage in ihrer heutigen Gestalt und mancher abweichenden Ansichten in der Deckungsfrage im Interesse der Sicherung des Vaterlandes für die Vorlage stimmen werden. Sie sind der Ueberzeugung, daß sie damit den Wünschen der großen Mehrheit des deutschen Volkes entsprechen. (Beifall rechts.)

### Deutliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnik. Wie schon seit einer Reihe von Jahren, so wurden auch dieses Jahr die Zinsen eines beträchtlichen, von Frau Mathilde Hempel, hier, dem hiesigen Frauenverein ausgelegten Kapitals dazu verwendet, ca. 80 Personen unserer Stadt, denen es willkommen ist, besonders Armen, Kranken und Schwachen ein gutes, kostenloses Mahl zu schaffen, das am 6. d. M., dem Geburtstage der hochgeschätzten Geberin, zur Verteilung gelangte. Frau Mathilde Hempel, die im Alter von 83 Jahren noch mit seltener, bewundernswerther Rüstigkeit des Körpers und Frische des Geistes gesegnet ist, hat somit wieder, wie früher schon oft, auch Solchen einen frohen Tag bereitet, die meist in der Festruhe vergessen werden. Die beste Freude aber ist die, welche man anderen schafft, das schönste Geschenk stets das, was man anderen giebt. Möge es der genannten hochverehrten Mitbürgerin vergönnt sein, noch vielmals frohen Geburtstag zu feiern.

Pulsnik. Gestern, Montag Abend, hoffte alle Welt bestimmt auf eine Abkühlung der seit einigen Tagen herrschenden drückende Schwüle und auf eine Erquickung der ausgetrockneten, nach Regen lechzenden Fluren. Leider verzog sich das im Westen aufsteigende Gewitter wieder und nur der untere Theil der Stadt und Pulsnik M. S. wurde mit einem kleinen Sprühregen bedacht, der dem Tropfen auf einem heißen Steine gleichkam.